

Antrag

Initiator*innen: LAG Ökologie (dort beschlossen am: 21.10.2025)

Titel: **Bergrecht modernisieren – Klimaschutz voranbringen**

Antragstext

1 Mit dem Bundesbergbaugesetz wurden vor etwa 45 Jahren bundesweite Regelungen zur
2 Gewinnung von Bodenschätzen getroffen. Doch die Zeiten haben sich gewandelt: Die
3 Klimakrise und die Biodiversitätskrise sind drängender, als je zuvor. Wir haben
4 uns international verbindliche Ziele für Klimagerechtigkeit und für den Schutz
5 der Artenvielfalt gesteckt. Wir steigen nach und nach aus den fossilen Energien
6 aus und investieren in saubere, erneuerbare Energiequellen. Schleswig-Holstein
7 ist eines der führenden Bundesländer beim Ausbau erneuerbarer Energien. Jetzt
8 gilt es, das Bundesberggesetz von 1980 auf die Höhe der Zeit zu bringen. Wir
9 Grüne in Schleswig-Holstein fordern eine umfassende Reform des Bundesbergrechts.
10 Wir müssen wegkommen von einem Bergbau-Ermöglichungsgesetz hin zu einem Gesetz,
11 das klare Umwelt- und Klimaschutzstandards in den Mittelpunkt stellt.

12 Mit dem Bundesberggesetz (BBergG) wurden vor etwa 45 Jahren bundesweit
13 einheitliche Regelungen zur Gewinnung von Bodenschätzen getroffen. Mittlerweile
14 sind die

- 15 1. Wir setzen uns für ein generelles Verbot neuer Öl- und Gasbohrungen an
16 Land, im Küstenmeer und in der Ausschließlichen Wirtschaftszone ein. Wenn
17 wir unsere internationalen Verpflichtungen und Klimaziele ernst nehmen,
18 darf es keine neuen Öl- und Gasbohrungen mehr geben. Wir fordern in dem
19 Zusammenhang die sofortige Absage der Gasförderpläne in der Nordsee vor
20 Borkum und im bayerischen Reichling.

21 Klimakrise und die Biodiversitätskrise drängender, als je zuvor. Die
22 internationale Staatengemeinschaft hat sich verbindliche Ziele für

23 Klimagerechtigkeit und für den Schutz

24 2. Wir fordern, Klimagerechtigkeit, Umwelt-, und Artenschutz als wichtige
25 Ziele unter §1 „Zweck des Gesetzes“ im Bundesberggesetz zu ergänzen. Ein
26 Bundesberggesetz, das sowohl die Klimakrise als auch die
27 Biodiversitätskrise nicht kennt, ist für uns aus der Zeit gefallen.

28 der Artenvielfalt gesetzt. Deutschland steigt aus der Nutzung fossiler
29 Energieträger

30 3. Die Ausführung seismischer Aktivitäten, beispielsweise zur Suche nach Öl-
31 und Gaslagerstätten unter dem Meeresboden hat massive Auswirkungen auf
32 Meeresorganismen wie Schweinswale. Sie sind ein enormer Belastungsfaktor
33 für das Ökosystem, der über Tage hinweg andauert und bis in
34 Meeresschutzgebiete vordringt. Deshalb fordern wir, dass seismische
35 Aktivitäten einer verpflichtenden Umweltprüfung unterliegen müssen.
36 Darüber hinaus muss der Umweltschutz auch als entscheidender Parameter in
37 die Landesverordnung über seismische Arbeiten des Landes Schleswig-
38 Holstein aufgenommen werden. (*ich konnte diese nirgends in der Auflistung
39 finden und zu Borkum hatte ich gehört, dass One-Dyas diese dort ohne
40 Umweltprüfung durchführen konnte*)

41 aus.

42 4. Wir fordern die Aufnahme von Naturschutz- und Klimagerechtigkeitsaspekten
43 für die Erteilung einer bergrechtlichen Bewilligung oder Erlaubnis, damit
44 Behörden die Umweltauswirkungen von Bergbauvorhaben bei Bewilligungen
45 berücksichtigen müssen. Zudem muss klargestellt werden, ob das
46 Bergbauvorhaben in Bezug auf den Bedarf bzw. Möglichkeiten zur
47 Kreislaufwirtschaft und Recycling sinnvoll ist und dieser Punkt in die
48 Entscheidung einbezogen werden.

49 Gleichzeitig wird durch eine steigende Nachfrage und neue technologische
50 Entwicklungen der Wettbewerb um Rohstoffe, insbesondere die sogenannten seltenen
51 Erden, weltweit verschärft. Hinzu kommen neue Nutzungsansprüche an den
52 geologischen Untergrund: Für die Gewinnung von Energie mittels Geothermie und
53 die Speicherung von Energie, beispielsweise von Wasserstoff in unterirdischen
54 Kavernenspeichern braucht es ebenfalls passende Rechtsrahmen.

55 5. Wir fordern, dass eine vorzeitige Zulassung des Beginns eines
56 Bergbauvorhabens nach §57b des Bundesberggesetz nicht weiterhin möglich
57 ist. Vor Abschluss des Planfeststellungsverfahrens sollte kein

58 Bergbauprojekt gestartet werden. (es geht um folgenden, aus meiner Sicht
59 kritischen Punkt im Bundesberggesetz:[§ 57b BBergG - Einzelnorm](#))

60 Das Bundesberggesetz spiegelt die Entwicklungen der vergangenen 45 Jahre nicht
61 ausreichend wieder und wirkt heute oftmals aus der Zeit gefallen. In der Folge
62 werden beispielsweise mit dem Geothermiebeschleunigungsgesetz und dem
63 Wasserstoffbeschleunigungsgesetz neue Fachgesetze geschaffen, die in der Praxis
64 konkurrierende Rechtslagen schaffen.

65 **offene Fragen**

66 Im Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition war eine umfassende Reform des BBergG
67 vorgesehen. Diese Reform ist nicht erfolgt und doch notwendiger als zuvor.

- 68 • Eine Anpassung von § 40 des Bundesberggesetzes sowie der „Grundabtretung“,
69 um Bergbaumaßnahmen unter Häusern, Wohnsiedlungen, landwirtschaftlichen
70 Flächen etc. ohne Zustimmung der Grundstückseigentümer zu stoppen?

71 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Schleswig-Holstein fordern eine umfassende Reform des
72 Bundesberggesetzes. Leitlinie soll eine Neuausrichtung entlang klarer Umwelt-
73 und Klimaschutz- und Beteiligungsstandards sein, die auch die neuen
74 Nutzungsanforderungen an den geologischen Untergrund berücksichtigt. Konkret
75 fordern wir:

- 76 • Welche Umweltprüfungen müssen bei der Suche nach bergfreien Bodenschätzten
77 erstellt werden (zu dem Punkt mit den seismischen Untersuchungen)?
- 78 • Ein generelles Verbot neuer Öl- und Gasbohrungen an Land, im Küstenmeer
79 und in der ausschließlichen Wirtschaftszone. Wir fordern in dem
80 Zusammenhang die sofortige Absage der Gasförderpläne in der Nordsee vor
81 Borkum und im bayerischen Reichling.
- 82 • § 49 Beschränkungen der Aufsuchung auf dem Festlandsockel und im
83 Küstengewässer. Braucht es hier aus unserer Sicht klare Kriterien, was
84 unangemessene Beeinträchtigungen der Pflanzen und Tierwelt nach §49
85 Bundesberggesetz sind?
- 86 • Eine Neufassung von §1 „Zweck des Gesetzes“. Sowohl die Klimakrise als auch
87 die Biodiversitätskrise, die Bedeutung der Kreislaufwirtschaft als auch
88 die Sicherung von Rohstoffen müssen hier berücksichtigt werden.

- 89 • Schäden an der Umwelt als Bergschaden aufnehmen oder betrifft das nur
90 Sach-/Personenschäden?
- 91 • Eine verpflichtende Umweltprüfung für seismische Bohrungen im
92 Küstengewässer und in der AWZ.
- 93 • Bergschadensvermutung: Beweislast bei Betroffenen auf das Unternehmen
94 umlagern (Punkt aus dem Dokument der Umweltverbände)?
- 95 • §132 Forschungshandlung (Festlandsockel im Meer) und 133 (Seekabel etc.) –
96 Umkehrung bei der Bewilligung einer Genehmigung von „die Genehmigung darf
97 nur versagt werden“ zu „die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn..“,
98 Ergänzung um Umweltaspekte
- 99 • Klare Verfahrensregelungen und eine Stärkung der Beteiligungsrecht von
100 Verbänden, Trägern öffentlicher Belange und Bürger*innen.

101 Gesetzestexte und Dokumente

102 SeismikBergV_SH_2009-06-30.pdf Landesverordnung über seismische Arbeiten
103 (Seismik-Bergverordnung – SeismikBergV -) – fehlender Umweltschutz, z.B.
104 Schweinswale etc

- 105 • Wir fordern, dass eine vorzeitige Zulassung des Beginns eines
106 Bergbauvorhabens nach §57b des Bundesberggesetz nicht weiterhin möglich
107 ist. Vor Abschluss des Planfeststellungsverfahrens sollte kein
108 Bergbauprojekt gestartet werden.

109 [UVV-V Bergbau - Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher
110 Vorhaben](#)

111 [BBergG – Bundesberggesetz](#)

112 Für uns interessantes Positionspapier einiger Umweltverbände zum Bergrecht:
113 [Positionspapier Modernisierung BBergG_finaler Entwurf](#)

114 Die LAG wird gebeten, sich in der BAG für eine Weiterentwicklung der GRÜNEN
115 Positionierung zum Bundesbergrecht im Sinne aller oben genannten Forderungen /
116 Punkte einzusetzen. Dies gilt ebenso für unsere Grünen Minister*innen,
117 Abgeordnete, den Landes- und Bundesvorstand. Es gilt, einen einheitlichen
118 Rechtsrahmen inkl. Umwelt-, Klima- und Beteiligungsstandards im Bundesberggesetz

¹¹⁹ für die vielfältigen Nutzungsansprüche an den geologischen Untergrund zu
¹²⁰ erarbeiten und möglichst umzusetzen.

Unterstützer*innen

Carina Hennecke (KV Rendsburg-Eckernförde), Oliver Lorentzen (KV Pinneberg)